



Einigkeit und Recht und Freiheit – Die Grundpfeiler unserer Gesellschaft

Im Einsatz gegen radikale Kräfte setzt sich die CDU Neukölln für ein Verbot der Islamischen Gemeinschaft e.V. ein.

Auf Anfrage Berliner Tageszeitungen zum Verbotsantrag der Neuköllner CDU Fraktion nahm der Fraktionsvorsitzende Gerrit Kringel im Februar Stellung: „In der Al-Nur-Moschee ist es immer wieder zu unerträglichen Äußerungen gekommen. Zuletzt verlangte ein Imam, dass sich Frauen ihrem Mann sexuell nicht verweigern und ohne seine Erlaubnis nicht das Haus verlassen dürfen. Darin kann man einen Aufruf zur Vergewaltigung sowie zur Freiheitsberaubung sehen.“

Im Januar hatte die Gemeinde im Internet ein Video veröffentlicht. Es zeigt die von Kringel angesprochene menschenverachtende Predigt des Imam Abdel Meoz al Eila in der Al-Nur-Moschee. Besonders unerträglich ist der Versuch der Gemeinde, dies als einen Einzelfall eines Wanderpredigers runterzuspielen. Das ist nachweislich falsch. Abgesehen davon zeigte die Gemeinde Ende Februar immer noch Videos des Hasspredigers auf ihrer Seite. Der durch aggressive Raptexte bekannte Anis Mohamed Youssef Ferchichi, alias Bushido, kehrt in der Moschee regelmäßig, ebenso wie Berlins Salafisten. Bereits im Sommer 2014 wurde durch ein Video bekannt, wie der Imam Abu Bilal Ismail zum wiederholten Male forderte: „Oh Gott, vernichte die zionistischen Juden. Sie sind keine Herausforderung für dich. Zähle sie und töte sie bis zum Letzten. Lasse keinen übrig.“

Radikale, wie sie in der Al-Nur-Moschee wirken, gefährden somit nachweislich die Einigkeit unserer demokratischen Gesellschaft. Das Verharmlosen destabilisierender Kräfte ist eine Gefahr für die Freiheit in Deutschland, Berlin, Neukölln. Neben dem menschenverachtenden Hass von Salafisten oder der IS sind in diesem Zusammenhang linke Gewalttaten genauso zu nennen wie fremdenfeindliche Anschläge auf Flüchtlinge und Bürger nicht deutscher Herkunft. Es reicht nicht mehr, nur Bücher darüber zu schreiben und in Talkshows davon zu erzählen, wie Subkulturen unser Rechtssystem aushebeln. Wir müssen endlich dagegen vorgehen. Mit allen demokratischen Kräften unserer Gesellschaft.

In Neukölln vollzieht sich zurzeit ein Generationenwechsel. Unser Ziel ist es, 2016 stärkste politische Kraft in Neukölln zu werden, um aus einer starken Position heraus den vielen Worten der letzten Jahre endlich Taten folgen zu lassen. Wir wollen gemeinsam mit religiösen und nicht religiösen Menschen in Einigkeit radikalen, menschen- und gesellschaftsverachtenden Kräften entgegenwirken. Wir wollen für Demokratie eintreten, in der das Recht auf Freiheit der eigenen Meinung Platz hat, ohne andere zu unterdrücken. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass radikal-islamische Vereinigungen wie in der Al-Nur-Moschee, linke Chaoten und Neofaschisten unser friedliches Miteinander verschiedenster Religionen, Kulturen und Menschen nicht weiter gefährden.



© Henning Gansel

Liebe Leserinnen und Leser,

mit deutlicher Mehrheit hat die Bezirksverordnetenversammlung für einen Antrag der CDU gestimmt, in dem das Bezirksamt aufgefordert wird, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, den Verein Islamische Gemeinschaft Berlin e.V. bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen zu verbieten. Parallel hierzu soll sich das Bezirksamt bei den zuständigen Stellen dafür einsetzen, dem Verein den rechtlichen Status der Gemeinnützigkeit abzuerkennen. Es besteht der Verdacht, dass im Rahmen der Aktivitäten der Moschee offen zu Antisemitismus und Gewalt aufgerufen wurde. Das ist unerträglich und darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Denn unsere Grundwerte sind nicht verhandelbar!

Gerrit Kringel

Jugendkriminalität – Neuköllner Jugendstadtrat plant Spezialteam „Intensivtäter und Großfamilien“

Allein in Neukölln gibt es immer noch 105 jugendliche Intensivtäter, die der Staatsanwaltschaft bekannt sind. Hinzu kommen insgesamt 18 Mehrfachtäter und 14 Schwellentäter. Besonders erschreckend: Der jüngste Mehrfachtäter ist gerade 13 Jahre alt und somit strafunmündig. Unser Rechtssystem steht hier vor einer Herausforderung.

Allein das ist Grund genug, sich trotz eines Rückgangs der Delikte im Gewalt- und Rohheitsbereich nicht entspannt zurückzulehnen. Jugendstadtrat Liecke: „*Ein Schwerpunkt meiner Tätigkeit ist deshalb unter anderem die Jugendkriminalität im Bezirk. Ein besonderer Fokus liegt hierbei auf den Intensiv- und Schwellentätern, die nicht selten aus bekannten Großfamilien stammen. Ich sehe einen dringenden Bedarf für ein Handlungskonzept, das auf jugendliche Intensivtäter und strafunmündige Kinder abzielt, insbesondere aus Hochrisikofamilien.*“

Ein wichtiger Baustein ist eine systematische Abstimmung zwischen den Fachbe-

hörden gekoppelt an ein Spezialteam im Jugendamt Neukölln. Ziel ist es, ein schnelles und behördenübergreifendes Handeln sicherzustellen und konsequent vorzugehen, wenn Gewalttaten in Schulen oder Freizeiteinrichtungen auftauchen. Sobald die Polizei eine Straftat erfasst hat, muss das weiteren beteiligten Behörden mitgeteilt werden. Ziel ist es, Strukturen zu schaffen sowie Förder- und Unterstützungsmaßnahmen, aber auch Sanktionsinstrumente gut zu vernetzen. Den Jugendlichen soll unmissverständlich deutlich werden, dass es eine Vielzahl von Hilfsangeboten gibt, aber auch Grenzen. Ein Antigewalttraining, eine stationäre Unterbringung oder ein Arrest können als Warnschuss eingesetzt werden.

Dazu plant Falko Liecke neben einer zentralen Neuköllner Lenkungsrunde mit Vertretern/-innen aus den Bereichen Schule, Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugend- und Familiengericht, Jugendamt und Jugendgerichtshilfe unter anderem ein Spezialteam im Jugendamt Neukölln. Diese Arbeitsgruppe soll sich ausschließlich um Intensivtäter und kriminelle Großfamilien kümmern. „*Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen der Polizei, der Staatsanwaltschaft und des Jugendamtes Neukölln habe ich mich dazu*

kürzlich mit zahlreichen Experten der Stadt Essen ausgetauscht, wo es ein ähnlich gelagertes Problem gibt: viele junge Straftäter aus Großfamilien. Dort ist man jedoch bereits einen großen Schritt weiter, denn sie haben es durch solch eine

Arbeitsgruppe geschafft, einen guten Zugang zu den Familien und eine erhöhte Mitwirkungsbereitschaft zu finden. Viele dieser Eltern wollen nämlich nicht, dass ihre Kinder auf die schiefe Bahn geraten“, so Falko Liecke.

Um dem Datenschutz zu genügen, soll Kontakt mit den Familien aufgenommen werden, um eine Einwilligungserklärung, die den Datenaustausch ermöglicht, unterschreiben zu lassen. So wird es auch in Essen bereits erfolgreich praktiziert.

Falko Liecke möchte das Jugendamt Neukölln noch in diesem Jahr mit vier erfahrenen Kollegen/-innen verstärken, die über besondere pädagogische und interkulturelle Kompetenzen verfügen. Auch arabischstämmige Mitarbeiter/-innen sollen Teil dieses Teams werden, denn die meisten Großfamilien stammen aus arabischen Ländern.

Die CDU Fraktion der BVV Neukölln steht voll und ganz hinter den Maßnahmen und Ansätzen des Stadtrates und stellv. Bürgermeisters Liecke. Der Fraktionsvorsitzende Gerrit Kringel hierzu: „*Jede Gewalttat ist eine zu viel und die Herangehensweise von Stadtrat Liecke genau richtig. Es hilft nur die persönliche Ansprache durch engagierte Mitarbeiter, die Stärkung der behördlichen Kommunikation und ein klares Zeichen an die Täter, dass man sie im Blick hat.*“

Nehmen Sie Kontakt zu uns auf!

Haben Sie Anregungen, Fragen oder wollen Sie einfach Ihre Meinung zu einem Thema äußern? Kontaktieren Sie uns unter info@cdu-fraktion-neukoelln.de oder rufen Sie uns an: **030 - 90239 3543**

Wir freuen uns auf Sie!





Berliner Gewaltschutzambulanz feiert einjähriges Bestehen

Die Berliner Gewaltschutzambulanz hilft Opfern von Gewalt bei der gerichtsfesten Dokumentation von körperlichen Verletzungen, damit eine spätere Strafverfolgung möglich wird. Sie ist eine Anlaufstelle für Gewaltopfer – ohne dass die Polizei sofort eingeschaltet werden muss. Nun wurde der 1. Geburtstag der Gewaltschutzambulanz gefeiert und Bilanz gezogen.

Opfer von Gewaltdelikten, insbesondere häuslicher Gewalt, haben in der Gewaltschutzambulanz die Möglichkeit, die angefertigte Dokumentation zehn Jahre lang aufbewahren zu lassen oder auf Wunsch direkt an Dritte (z. B. Polizei, Anwalt) senden zu lassen. Darüber hinaus kann über die Gewaltschutzambulanz auch Kontakt mit weiteren Beratungs- und Unterstützungsstellen aufgenommen werden. Organisationen können der Gewaltschutzambulanz auch Verdachtsfälle von Kindesmisshandlungen melden.

Von 382 Personen, die sich im ersten Jahr an die Gewaltschutzambulanz gewandt haben, waren 38% Kinder und 62% Erwachsene, rund 9 von 10 Erwachsenen waren Frauen. Jeweils ein knappes Drittel der Fälle wurde an

die Polizei (31%) und an das Jugendamt (30%) weitergeleitet. Die meisten Opfer haben Gewalt von ihrem Partner oder Ex-Partner (42%) oder aus ihrem nahen persönlichen Umfeld (35%) erfahren. In den meisten Fällen handelte es sich dabei um Wiederholungstaten. Durch die Aufklärung und Beratung der Gewaltschutzambulanz stellten 55% der Opfer eine Anzeige bei der Polizei.

Fraktionsvorsitzender Gerrit Krügel dazu: „Die Berliner Gewaltschutzambulanz ist ein enorm wichtiges Angebot für Opfer von körperlicher Gewalt in unserer Stadt. Gerade in den Fällen, in denen Familienmitglieder zu Tätern werden, fällt es den Opfern meist besonders schwer, zur Polizei zu gehen. Wenn der Entschluss zu einer Anzeige getroffen ist, können aber oft keine eindeutigen Beweise für den Angriff mehr gesichert werden. Hier leistet die Gewaltschutzambulanz wichtige Arbeit. Ich bin froh, dass es solch eine Einrichtung endlich auch in Berlin gibt. Klar ist aber auch, dass die derzeitige Ausstattung der Berliner Gewaltschutzambulanz nicht ausreichend ist. Wünschenswert ist eine stärkere personelle Besetzung, die eine Verfügbarkeit rund um die Uhr ermöglicht.“

Jugendliche Intensivtäter in Neukölln – entschlossenes Handeln gefragt

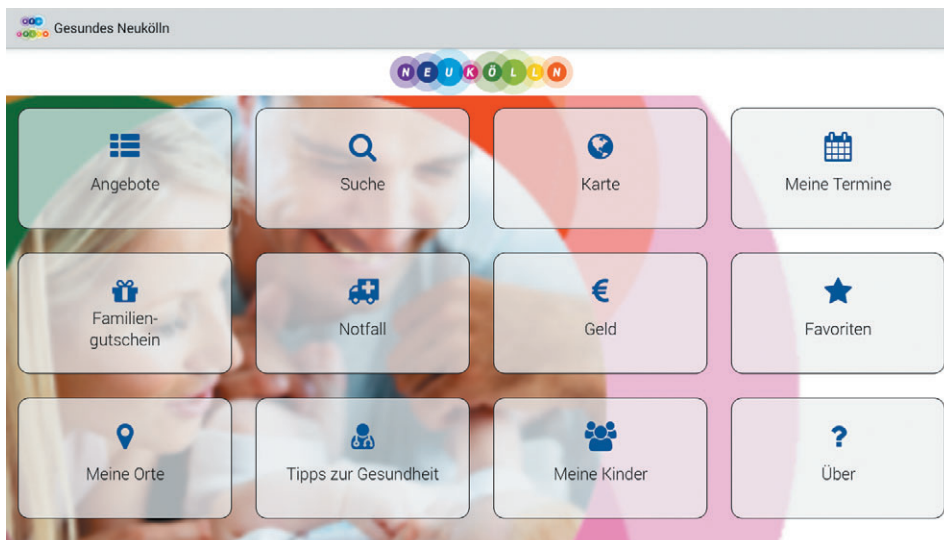
Jugendliche Intensivtäter sind ein großes Problem im Bezirk Neukölln. Rund 90% dieser Intensivtäter in Neukölln haben einen Migrationshintergrund. Davon entfallen allein 50% auf arabischsprachige Großfamilien. Ein politisch unbefriedigender Zustand, den die CDU Fraktion angehen möchte.

Bei diesen Jugendlichen hat Integration nicht stattgefunden. Es kann nicht sein, dass immer reflexartig darüber diskutiert wird, an welcher Stelle der Staat bei der Integration dieser kriminellen Jugendlichen angeblich versagt haben könnte. Die Verantwortung liegt in erster Linie bei den kriminellen Jugendlichen und ihren Eltern und nicht in unserem gut funktionierenden Sozialstaat, der genügend Angebote macht.

Durch spezielle Arbeitsgruppen, die sich ausschließlich um Intensivtäter und Großfamilien kümmern, sollen künftig Straftaten verhindert werden. Zu diesem Zweck sollen ausgebildete Sozialarbeiter diese Familien besuchen und gezielt den Dialog suchen. Deshalb setzt die CDU Fraktion auf ein pragmatisches sowie konsequentes Vorgehen und unterstützt den aktuellen Ansatz des Neuköllner Jugendstadtrates Falko Liecke (CDU).



Daniel Dobberke, stellv. Vorsitzender der CDU Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung von Neukölln



Babylotse und Familien-App Neue Kinderschutzprojekte im Gesundheitsausschuss der BVV vorgestellt

Jedes 6. Kind in Neukölln ist überge-
wichtig, jedes 5. hat schlechte Zähne
oder wächst in einem Raucherhaus-
halt auf. Zwei Drittel der Kinder sind
in ihrer Entwicklung auffällig. Sie kön-
nen beispielsweise Bewegungsabläu-
fe schlecht koordinieren oder sind in
ihrer Sprachentwicklung rückständig.

Diese schlechte Ausgangslage soll so
früh wie möglich behoben werden:
Zum 1. Februar 2015 startete in Neu-
kölln das Screening- und Beratungs-
verfahren **Babylotse Plus** am Vivantes
Krankenhaus Neukölln. Die Aufgabe
der Babylotsen ist das Erkennen von
Risikofaktoren zum frühestmöglichen
Zeitpunkt. Bereits kurz nach der Ent-



Auf der Pressekonferenz stellen Prof.
Tsokos (Gerichtsmedizin, Charité), Prof.
Rossi (Vivantes Neukölln), Fr. Dr. Klapp
(Charité) und Fr. Sauer (Kindergesund-
heitshaus) das Projekt Babylotse vor

bindung erhalten junge Mütter eine
an ihren Unterstützungsbedarf an-
gepasste Beratung und werden in
bestehende Hilfesysteme im Bezirk
weitervermittelt.

Darüber hinaus hat der Bezirk exklusiv
eine **Familien-App** für Smartphones
entwickelt, die bundesweit einmalig
ist. Kostenfrei und nutzerfreundlich
können online Angebote abgerufen
werden, z. B. der Neuköllner Familien-
gutschein für Säuglinge und Klein-
kinder. Die Terminfunktion weist
auf anstehende Impfungen und
Früherkennungsuntersuchungen
(„U“-Untersuchungen) hin. Die App
gibt Tipps zu Notfallsituationen und
staatlichen Geldleistungen. Der kos-
tenfreie Download funktioniert über
iTunes und den Google Play Store
(siehe www.gesundes-neukoelln.de).

Seit 2011 verfolgt der Bezirk unter
Federführung von Stadtrat Falko
Liecke eine fach- und ressortübergrei-
fende Präventionsstrategie. Ziel ist es,
die gesundheitliche Entwicklung von
Neuköllner Kindern zu verbessern und
Kindeswohlgefährdungen zu verhin-
dern. Diese neuen Projekte werden
sicher dazu beitragen.

Britzer Tunnel bleibt Sicherheitsrisiko

Der Antrag des stellvertretenden
Fraktionsvorsitzenden Christopher
Förster, sich für einen besseren
Radio- und Handyempfang im Brit-
zer Tunnel einzusetzen, wurde mit
Gegenstimmen der SPD, Grünen,
Linken und Piraten abgelehnt.

Im Oktober 2014 stellte Christopher
Förster in der BVV einen Antrag für
einen besseren Radio- und Handy-
empfang im Britzer Tunnel. Dazu
sollte eine entsprechende Funkanlage
im Britzer Tunnel installiert werden.
In der Sitzung des Ausschusses für
Verkehr und Tiefbau wurde der Antrag
am 18. Februar 2015 abgelehnt.



„Mit der Ablehnung des Antrags bleibt
der Britzer Tunnel für viele Autofahrer
ein Sicherheitsrisiko. Ich selbst fahre
fast täglich durch den Britzer Tunnel und
weiß, wovon ich spreche. Kaum ist man
im Tunnel angekommen, verschwindet
der Radio- und Handyempfang. Bei
Gefahren wie Verkehrsunfällen ist die
Möglichkeit nicht mehr gegeben, über
das Radio oder Handy informiert zu
werden. Die Ablehnung ist nicht nach-
vollziehbar“, so Christopher Förster.

IMPRESSUM

CDU Fraktion Neukölln
Gerrit Kringel (V.i.S.d.P.)
Karl-Marx-Straße 83 • 12040 Berlin
Tel.: 030-90239 3543
Fax: 030-90239 2713
www.cdu-fraktion-neukoelln.de
info@cdu-fraktion-neukoelln.de